

12. Integrationsministerkonferenz 2017

am 16. und 17. März 2017 in Friedrichshafen

TOP 2.13

Stärkere Förderung der Jugendmigrationsdienste (JMD) durch den Bund

Antragsteller: Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein, Thüringen

Die IntMK hat mehrheitlich beschlossen:

1. Die Integrationsministerkonferenz (IntMK) unterstreicht die Bedeutung der mit dem Modellprojekt „jmd2start-Begleitung für junge Flüchtlinge“ verfolgten Ziele und Aufgaben und begrüßt die Entscheidung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frau und Jugend (BMFSFJ), in Anbetracht der dauerhaft hohen Nachfrage alle JMD-Standorte für jungen Menschen mit Migrationshintergrund vom 12. bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres unabhängig vom Aufenthaltsstatus zu öffnen, solange sie sich rechtmäßig oder aufgrund einer ausländerrechtlichen Duldung in Deutschland aufhalten.
2. Die Länder halten mit Blick auf die vergrößerte Zielgruppe und ihre Besonderheiten eine nennenswerte finanzielle Aufstockung für erforderlich, die dem Aufgabenzuwachs und gestiegenen Anforderungen gerecht wird und den Ausbau notwendiger Kapazitäten ermöglicht.